



FIÄ¼chtlingstgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Beitrag

Die Situation mit FIÄ¼chtlingen in den deutschen Landkreisen, StÄ¼dten und Gemeinden hat dramatische AusmaÃ¼e angenommen. Das wurde auf dem FIÄ¼chtlingstgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Donnerstag in Berlin deutlich. Zahlreiche Vertreter aus den Kommunen waren gekommen und machten ihrem Unmut Luft.

„Die vielen Wortmeldungen und eindringlichen Schilderungen belegen, dass die Kommunen IÄ¼ngst ihre AufnahmekapazitÄ¼ten erreicht oder Ä¼berschritten haben“, so die Rosenheimer CSU-Bundestagsabgeordnete Daniela Ludwig. „Wir sind ebenso wie sie mit unserer Geduld am Ende. Denn die Bundesregierung IÄ¼sst die Kommunen komplett im Stich.“

Aus dem Wahlkreis Rosenheim nahm Landrat Otto Lederer teil. „Alle zwei Wochen kommt ein Bus mit neuen FIÄ¼chtlingen, wir mÄ¼ssen stÄ¼ndig improvisieren. Der Bund muss endlich seiner Pflicht nachkommen und unterstÄ¼tzen, u.a. Bundesimmobilien zur VerfÄ¼gung stellen. Wir fÄ¼hlen uns komplett allein gelassen“, unterstrich Lederer in Berlin.

„Das, was die Landkreise, StÄ¼dte und Gemeinden sowie viele engagierte BÄ¼rgerinnen und BÄ¼rger vor Ort schultern, ist eine groÃ¼e Leistung“, betont Daniela Ludwig. „Dieses Engagement und diese Einsatzbereitschaft haben jetzt ihre Grenzen erreicht. Der Ä¼rger in den Kommunen ist groÃ¼, die Lage spitzt sich zu. Wenn die Ampelkoalition weiter nichts unternimmt, gefÄ¼hrt sie den Zusammenhalt in den Kommunen.“

Die Bundesregierung dÄ¼rfte die Ä¼berforderten Kommunen nicht IÄ¼nger allein lassen, so die heimische Wahlkreisabgeordnete weiter. „Es mangelt an Platz in Schulen und KindergÄ¼rten, an kurzfristigen UnterbringungsmÄ¼glichkeiten und ebenso an langfristigem Wohnraum. Schon seit IÄ¼ngerem werden Sporthallen fÄ¼r die SchÄ¼lerinnen und Schuler gesperrt, um NotunterkÄ¼nfte vorzuhalten. Das kann und darf kein Dauerzustand werden.“

Die Bundesregierung versage in der FIÄ¼chtlingpolitik komplett. „Sie unternimmt nichts, um die Situation vor Ort zu verbessern, sie tut nichts, um die Chancen fÄ¼r eine Integration Bleibeberechtigter zu verbessern. Im Gegenteil: Sie streicht das erfolgreiche Konzept der Sprach-

Kitas. Vor allem aber beschreitet die Bundesregierung in der Asylpolitik den falschen Weg. Wir brauchen auch weiterhin eine klare Trennung von Asylverfahren und Einwanderung. Dem Geschäftsmodell von Schleusern und Menschenhändlern muss das Handwerk gelegt werden.“

Nötig seien jetzt ein nationaler Kraftakt und eine intensive Zusammenarbeit innerhalb der EU. „Die Außengrenzen brauchen effektive Schutzmaßnahmen. Unsere Forderung: Entscheidungszentren bereits an den EU-Außengrenzen. Personen ohne Bleiberecht müssen zurück in ihre Herkunftsländer oder in Drittstaaten. Es braucht schnellere Identitätsklärungen. Wir haben einen umfangreichen Maßnahmenplan erarbeitet, wir sind gesprächsbereit, jetzt ist es an der Ampel, die Warteposition zu verlassen und endlich umzusetzen“, so die Bundestagsabgeordnete abschließend.

Bericht und Bildmaterial: Bundestagsbüro Daniela Ludwig





Kategorie

1. Ukraine- & Nothilfe

Schlagworte

1. CDU
2. CSU
3. FIÄ¼chtlinge